

JAHRESBERICHT 2003/2004

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen

Aus städtischer SP-Sicht und ein paar Tage nach dem Avanti-Nein war das vergangene Jahr beim besten Willen zur Kritik und ohne rosarote Brille ganz einfach ein gutes Jahr. Sowohl bei den Kantons- wie bei den eidgenössischen Wahlen wählten 35 Prozent der Abstimmenden uns. Dass Sepp Estermann es nicht in den Ständerat schaffte, lag nicht am Stadtergebnis. Er konnte sich in allen Kreisen an die Spitze setzen.

Vor allem die Kantonsratswahlen brachten ein selten gutes Ergebnis. Das logischerweise nach einer Steigerung verlangt. Bei den Wahlen 2006 stehen wir in Pflicht, die 40-Prozent-Marke zumindest anzugreifen. Wenn man bedenkt, dass Basel-Stadt bei den Nationalratswahlen auf 41 Prozent kam, wissen wir, was wir zu erreichen haben.

Wir gewannen, wenn mich nicht alles täuscht, in der Stadt Zürich sämtliche Abstimmungen. Darunter mit den Blockzeiten und den Geleiteten Schulen zwei unspektakuläre, aber wichtige. Dann das Stadion, was etwas böses Blut innerhalb der SP und viele Rekurse hervorrief. Und mit dem autofreien Münsterhof/Parking vor dem Opernhaus und dem Verkehrsplan zwei vielleicht nicht so wichtige, dafür spektakuläre Auseinandersetzungen. Vor allem die 65 Prozent zum Verkehrsplan waren eine schallende Ohrfeige an die FDP und die Automobilverbände. Für die SVP natürlich auch, aber sie rechnet in

der Stadt anders. Ihr genügt es, Lärm zu machen – ohne zu gewinnen.

Die FDP ist seit der Wahlniederlage in den Gemeinderatswahlen und erst recht seit der Schlappe bei den Kantonsratswahlen etwas durcheinander. Sie schwankt zwischen finanzpolitischem SVP-Zusammengehen und gesellschaftlicher Offenheit (wo ausser in der Bildung?) und ist vor allem unzuverlässig geworden. Absprachen mit ihr sind derzeit schwierig bis zufällig. Dafür hat sich die CVP/EVP-Fraktion zu einer zuverlässigen Partnerin entwickelt. Nicht, dass sie sich der SP einfach anschliesse. Aber ihr Ja ist ein Ja und ihr Nein ein Nein. Am wichtigsten ist eine soziale bürgerliche Partei zweifelsohne in der Sozialpolitik. In der Rezession steigen die Ausgaben (Erwerbslosenquote über 5 Prozent) und der Druck auf Einsparungen steigt von Monat zu Monat. Im Budget 2004 (Anna Brändle sei dank) gelang es, einschneidende Kürzungen zu verhindern.

Blaues Auge

Die Stadtpartei lancierte im Berichtsjahr zwei Volksinitiativen. Mit «Gemeinsam für einen sicheren Kanton» erlitten wir auf der Sammelebene eine Schlappe. Mit 9923 gültigen Unterschriften fehlten uns trotz eines beherzten Endsprints 77 zur Gültigkeit. Die Initiative «Chancen für Kinder» harzte ebenso. Obwohl sie – genauso wie die Polizeiinitiative – inhaltlich keineswegs umstritten ist. Daraus müssen wir Schlussfolgerungen ziehen. Die Zeit, in der Initiativen ihre Unterschriften sozusagen von

selber sammeln, ist vorbei. Es braucht eine grosse Vorbereitung, den Aufwand und auch das Geld, um aus dem Sammeln einen Event zu gestalten.

Bei der Polizeiinitiative kam uns das kantonale Gesetz entgegen. Eine gescheiterte Volksinitiative wird automatisch zur Einzelinitiative und diese übersprang im Kantonsrat das Quorum von 60 Stimmen problemlos. Die Verhandlungen in der kantonsrätlichen Kommission lassen die Hoffnung zu, dass die Neuordnung der Polizeikompetenzen doch noch zu einem guten Ende kommen könnte.

Die Initiative für einen Fonds für das Langstrassenviertel, bei der sich vor allem die SP 4 gross einsetzte, ist auf gutem Weg. Nach einer Untersuchung von Wüest und Partner verlangt sie genau das, was das Langstrassenquartier benötigt. Etwas Geld, um von der Häuserspekulation wegzukommen, und ein staatliches Gütesiegel, damit die Banken wieder mit Investitionen ins Quartier einsteigen.

Gefahr von aussen

Der grösste Ärger droht derzeit von aussen. Die Sparpakete sowohl des Kantons als auch des Bundes gefährden mit ihrer Abschiebementalität die Stadtfinanzen. Obwohl die guten Abschlüsse von UBS und CS sich irgendwann auch in den Steuereinnahmen niederschlagen werden, werden sie wohl kaum ausreichen, um die Mindereinnahmen, respektive Mehrausgaben in der Grössenordnung

Bitte umblättern



Koni Loepfe

von 200 Millionen Franken zu kompensieren, die Bund und Kanton auf die Stadt abschaufeln wollen. Bei der Ablehnung der Steuerpakete geht es also nicht nur um die Verhinderung einer Umverteilung von unten nach oben, sondern auch um die Sicherung der städtischen Finanzen.

Ein letztes, vielleicht nicht gerade gern gehörtes Wort: Mich beängstigt die Lust, mit der sich die SP in die Opposition stürzen will. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir uns vermehrt mit Referenden gegen Beschlüsse des rechten Bundesrates und der Parlamente wehren müssen, ist sicher gestiegen. Die Referendumsfähigkeit gewinnt somit an Bedeutung. Das Nachdenken über eigene neue Lösungen dürfte indes nicht nur mittelfristig mindestens so entscheidend sein wie das Nachdenken über deren Durchsetzung. Ich bin überzeugt, dass eine Konzentration auf die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zur Mehrheitsfähigkeit und damit auch zu Änderungen nicht reicht. Es ist zwar wichtig, in den Wahlen gut abzuschneiden. Aber noch wichtiger ist es, das Wahlsympathiefund bei den Sachabstimmungen gewinnbringend einzusetzen.

Koni Loepfe

Präsident der SP der Stadt Zürich

Geschäftsleitung

An der Delegiertenversammlung wurde neu Emanuel Wyler in die Geschäftsleitung gewählt. Im September führte die neu konstituierte GL eine Retraite durch, zog dabei Bilanz über die an der letzten Retraite beschlossenen Massnahmen und befasste sich mit Themen der Zukunft. Themenschwerpunkte für das kommende Geschäftsjahr waren: Polizei, Sparmassnahmen im Sozialbereich, «Signalthemen», urbanes Lebensgefühl «Lifestyle», Mitgliederpflege, Migration, 1. Mai.

Polizei

Nachdem unsere Initiative «Gemeinsam für einen sicheren Kanton» knapp scheiterte (es fehlten nur 77 Unterschriften), wurde sie als Einzelinitiative im Kantonsrat vorläufig unterstützt und der Kommission, welche das Polizeiorganisationsgesetz behandelt, zugewiesen. Zum heutigen Zeitpunkt kann gesagt werden, dass diese Initiative dazu beigetragen hat, dass die ursprüngliche Gesetzesvorlage zu unseren Gunsten verändert wurde.

Der neu gegründeten AG Polizei ist es ein Anliegen, dass die Polizeiarbeit in der Stadt Zürich in den Medien und in der Öffentlichkeit differenzierter dargestellt wird. Die vorhandene Tendenz, über die Polizeiarbeit eher negativ zu berichten, und gleichzeitig die damit verbundene Personifizierung auf unsere Stadträtin einer verstärkten Darstellung positiver Polizeiarbeit Platz machen. Dies bedingt eine intensivere Kommunikation über Polizeiarbeit, welche in der Bevölkerung der Stadt Zürich ein umfassenderes Sicherheitsverständnis fördert.

Sparmassnahmen im Sozialbereich

Nachdem der Kanton und der Bund beschlossen hatten, rigorose Sparmassnahmen zu verordnen, die vor allem die sozial Schwachen treffen werden, beschloss die GL bereits im September, die Wähler und Wählerinnen frühzeitig auf diesen unsäglichen Sozialabbau aufmerksam zu machen. In der Abstimmungszeitung für

die Novemberabstimmung äusserten wir uns einerseits dezidiert zu den Sparmassnahmen des Kantons und forderten gleichzeitig unsere Leute auf, Unterschriften für das Referendum gegen die 11. AHV-Revision zu sammeln. An der Kundgebung vom 30. Oktober gegen die Sparmassnahmen war die SP präsent und half auch im Koordinationskomitee mit. Das Sekretariat organisierte vier gut besuchte Altersveranstaltungen zum Thema «Beihilfen». In der Zwischenzeit ist klar, dass deren Abschaffung im Kantonsrat keine Chance hat.

Signalthemen

Die GL befasste sich auch dieses Jahr mit politisch aktuellen Themen, auf die sie schnell und unbürokratisch reagierte. Bei der Diskussion über die Änderung des Gastgewerbegesetzes initiierte sie zusammen mit der SP4 und 5 eine kontrastierende Veranstaltung, an der neben SP-Mitgliedern auch VertreterInnen der Gastroszene teilnahmen.

Gut besucht war die Veranstaltung «Was für ein Jugendradio braucht Zürich?». Im Vorfeld zur Abstimmung über die Handänderungssteuer schalteten wir in diversen Medien Testimonials; leider führte aber diese Aktion nicht zum gewünschten Abstimmungsergebnis.

Lifestyle

Wir wollen in der nächsten Zeit vermehrt neue und junge Wählerinnen und Wähler ansprechen, Signalthemen aufgreifen und nach neuen Werbemöglichkeiten suchen. Die Arbeitsgruppe hat sich erst einmal getroffen und Ideen entwickelt, deren Verwirklichung aber erst gegen den Sommer geplant ist.

Mitgliederpflege

Mit unseren zwei SP-internen Podiumsveranstaltungen «Rede-Streit-Kultur in der SP» konnten wir unsere Leute nicht ansprechen und wir suchten nach neuen Formen. Mit der Reihe «Zopf und Palaver», Sonntagsbrunches im Hermannseck, liegen wir richtig, was die BesucherInnen-



An der Integrationstagung vom 5. Juli im Volkshaus stand Information und Networking im Vordergrund.

zahlen und das positive Echo zeigten. Die zwei ersten Veranstaltungen bestritten Esther Maurer und Elmar Ledergerber im Gespräch mit Werner Marti bzw. Hermann Strittmatter. Der traditionelle Bingo-Abend im November im Weissen Wind war wiederum ein grosser Erfolg.

Die Geschäftsleitung bereitet die Geschäfte vor und führt alle politischen Aktionen nach Massgabe der Parteibeschlüsse durch. Sie besteht aus höchstens 11 stimmberechtigten Mitgliedern, wobei das Sekretariat mit einer Stimme vertreten ist. Die SP-Mitglieder des Stadtrates nehmen ohne Stimmrecht Einsitz. Die Geschäftsleitung tritt zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern (in der Regel wöchentlich).

Migration

Die interkulturelle Tagung im Volkshaus mit einem «Marktplatz Integration» und einer Workshopreihe fand regen Zulauf und war ein Erfolg. Das Projekt «Migrationsverantwortliche in den Sektionen» wird weitergeführt und die Verantwortlichen treffen sich regelmässig zum Austausch. Die Idee ist, dass zusammen mit MigrantInnen in den Sektionen neue konkrete Projekte und Aktionen lanciert werden.

1. Mai

Die SP der Stadt Zürich hat sich aus dem 1. Mai-Komitee zurückgezogen. Ein Organisationskomitee ist dabei, einen eigenen SP-Anlass für den Nachmittag des 1. Mai zu organisieren.

Abstimmungen

Für die Abstimmung vom 18. Mai produzierten wir eine Abstimmungszeitung. Der mit 12 Vorlagen überbefrachtete Abstimmungssonntag führte dazu, dass sich die Geschäftsleitung entschied, sich finanziell und personell für die Gesundheitsinitiative einzusetzen. Doch dieser Abstimmungssonntag wurde für die SP auf eidgenössischer Ebene zu einem Desaster. Alle Initiativen von linker Seite wurden wuchtig verworfen. Mehr Erfolg hatten wir bei den städtischen Vorlagen. Die Stimmberechtigten sagten Ja zu einem autofreien Münsterhof, zum Opernhausparking und zum Hallenstadion-Kredit.

Bei der Abstimmung im September ging es um den auch innerhalb der SP umstrittenen Stadionneubau. Die Gegnerinnen und Gegner wehrten sich vor allem gegen die Mantelnutzung, insbesondere das Shoppingcenter. Sowohl der Gestaltungsplan wie auch die Kostenbeteiligung der Stadt wurden von den StimmbürgerInnen deutlich befürwortet. Ja sagten die ZürcherInnen auch zur definitiven Einführung der Blockzeiten in den Primarschulen und Kindergärten.

Mit den Resultaten der Novemberabstimmung konnten wir uns nicht zufrieden geben, stimmte doch die Bevölkerung mehrheitlich gegen unsere Parolen. Die Abschaffung der Handänderungssteuer, die von den Stimmenden angenommen wurde, ergibt für die Stadt Zürich einen Steuerausfall von 40 Millionen Franken. Das Volk ist der SVP-Propaganda, welche tiefere Mieten versprach, auf den Leim gekrochen. Hingegen wurde das Gesetz für ein Polizei- und Justizzentrum angenommen. Obwohl für uns dieses Projekt

nicht in allen Teilen befriedigend ist, war es uns doch wichtiger, dass wir in den nächsten Jahren endlich doch noch ein freies Kasernenareal bekommen.

Rundum zufrieden waren wir mit den Resultaten der Februar-Abstimmung. Beide städtische Vorlagen, der kommunale Verkehrsplan und die Einführung der Schulleitungen, wurden mit grossem Mehr angenommen was eine Ohrfeige für die Bürgerlichen war. Das wuchtige Nein zur Avanti-Vorlage rundete das erfreuliche Ergebnis ab. Ein Wermutstropfen war das Ja zur Verwahrungsinitiative.

Der Geschäftsleitung gehörten im Berichtsjahr 03/04 an: Koni Loepfe (Präsident), Emy Lalli (Vizepräsidentin), Eva Gerber, Peter Macher, André Odermatt, Beatrice Reimann, Roberto Rodriguez, Andrea Ruckstuhl, Renato Valoti, Emanuel Wyler sowie von Amtes wegen Elmar Ledergerber (Stadtpräsident), Esther Maurer (Stadträtin), Robert Neukomm (Stadtrat), Martin Waser (Stadtrat), Mechthild Malash und Susanne Twerenbold (Partei-sekretärinnen).

In diesem Berichtsjahr trat der Parteivorstand nur drei Mal zusammen. Das lag hauptsächlich daran, dass es wegen der Nationalratswahlen im Herbst nur zwei, aber reich befrachtete, Abstimmungstermine gab. Städtische Parolen mussten nur einmal gefasst werden. Die Parolen für die rein städtische Abstimmung vom 7.9.2003 wurden an einer a.o. Delegiertenversammlung im Juli gefasst.

An der Sitzung vom März 2003 wurden die Jahresberichte abgenommen. Einzig die Mitgliederstatistik gab zu reden. Es wurde ein rückläufiger Mitgliederbestand konstatiert und die Geschäftsleitung aufgefordert, sich dieses Problems anzunehmen.

Im Oktober war unter anderem die Beteiligung der SP am 1. Mai 2004 traktandiert. Der Vorschlag der Geschäftsleitung, einen eigenen Anlass am Nachmittag auf die Beine zu stellen, wurde einstimmig unterstützt. Gewünscht wurde jedoch, dass dieser Anlass nicht nach aussen als Gegenveranstaltung wahrgenommen werden soll. Im Weiteren sprach man sich dafür aus, dass die SP sich zusammen mit den Gewerkschaften an der Aus-

Der Parteivorstand ist zuständig für Geschäfte von allgemeinem Interesse, insbesondere für die Festlegung von Abstimmungsempfehlungen, für die Beschlussfassung über Referendum und Initiative, für Nominationen für verschiedene Ämter auf Bezirksebene und für die Genehmigung des Budgets.

wahl der RednerInnen für die offizielle Schlusskundgebung beteiligen und sich für den internationalistischen Aspekt einsetzen soll. Die SP soll am Umzug Präsenz markieren, unter anderem mit SP-Transparenten und Fahnen. Der PV befürwortete ebenfalls einen Vollverteiler für die wichtige eidgenössische Abstimmung vom 20. November. Die Sektionen 9, 11 und 12 sollen die Hälfte der Kosten des Postverteilers übernehmen.

Am November-PV stand unter anderem die Parolenfassung für die Volksabstimmung vom 8. Februar 2004 an. Mit der Vorlage zur flächendeckenden Einführung der Schulleitungen will die Stadt Zürich nach der Einführung der Blockzeiten eine weitere Reformvorlage vors Volk bringen. Das Schulleiter-Modell dient einer Modernisierung der Schule, das Schulhaus soll als Ganzes wahrgenommen werden und nicht mehr nur die oder der Lehrer(in) und ihre/seine Klasse. Die Ja-Parole wurde einstimmig gefasst.

Bei der zweiten Vorlage ging es um den kommunalen Verkehrsrichtplan. Dieser beinhaltet viele Elemente, welche in unserer Initiative «Hauptstrassen zum Leben» enthalten waren. Im Vordergrund stehen die Verkehrsberuhigung von diversen Plätzen, die Überprüfung der Sicherheit der Velo- und Fussgängerwege und die Förderung des Langsamverkehrs. Die Parole lautete ebenfalls einstimmig Ja.

Ausserdem wurden der PAB-Bericht und das Budget 2004 genehmigt und eine Mitglieder-Beitragserhöhung um zwei Franken ab 1.1.2004 beschlossen.

Der Parteivorstand setzte sich im Berichtsjahr 03/04 folgendermassen zusammen: Alle Mitglieder der Geschäftsleitung, Andrea Panitz (SP1), Heinz Looser (SP2), Hans-Urs von Matt/Yves de Mestral (SP3), Alice Scheidegger (SP4), Gaudenz Kind (SP5), Mischa Kissling (SP6), Marianne Aubert/Burkhard Frey (SP7), Katrin Meier (SP8), Davy Graf/Christian Koller (SP9), Andreas Ammann (SP10), Kaspar Luchsinger (SP11), Claudia Suter (SP12), Mario Florin (Bildungsausschuss), Maria Decasper/ Salvatore di Concilio (SP Migration), Rebekka Wyler/Daniela Oertle (Juso), Judith Bucher, Josef Köpfli, Corine Mauch (Gemeinderatsfraktion, mit zwei Stimmen), Pierre Martin (Justizkommission), Monika Spring,/Heinz Jacobi (GBZ), Jenny Heeb-/Agnes Guler (SeniorInnen), Beat Frischknecht (SP Kanton Zürich, Marcel Lautner, Emil Schärer, Janos Blum, Raphael Golta Daniel Kurz (frei gewählte Mitglieder). Die Sitze des Frauenteam und der Schulpolitischen Kommission blieben vakant.

Zweimal wurde im Berichtsjahr eine Delegiertenversammlung einberufen. Am 15. Mai 2003 fand die ordentliche Jahresversammlung im Hotel Landhus in Seebach statt. Neben den ordentlichen Traktanden wurde einzig über eine Resolution der SP 11 mit dem Titel «Fluglärm: Politik mit ökologischer Vernunft» abgestimmt. Die von Hartmut Attenhofer vorgelesene Resolution beinhaltete fünf Forderungen mit dem Haupttenor Kanalisierung des Fluglärms nach raumplanerischen Grundsätzen, Lenkungsabgaben beim Flugtreibstoff, kooperative Planung. Die Resolution wurde einstimmig verabschiedet.

In einer kurzen präsidentialen Ansprache wies Koni Loepfe auf das gute Ergebnis der Kantonsrats- und Regierungsratswahlen auf städtischer Ebene hin, welches ohne das starke Engagement aller Sektionen in der Stadt Zürich nicht so herausragend gewesen wäre.

Vor den Wahlen entschied sich die DV für eine offene Wahl aller Gremien, da es keine Kampfwahl gab. Als erstes wurde Koni Loepfe für ein weiteres Jahr Präsidium einstimmig und mit grossem Applaus in seinem Amt bestätigt. Aus der Geschäftsleitung wurde diesmal Marie-Theres Meier mit einem herzlichen Dank für ihre geleistete Arbeit verabschiedet. Für den frei gewordenen Platz hatte sich einzig Emanuel Wyler, Sekretär der Juso Kanton, beworben. Er wurde einstimmig gewählt so wie auch die bisherigen Mitglieder der Geschäftsleitung. Als Parteisekretärinnen wurden Susanne Twerenbold und Mechthild Malash per Akklamation für ein weiteres Jahr gewählt. Der Prix Enzo ging in diesem Jahr an zwei verdiente langjährige Genossinnen aus der Sektion 10; Agnes Guler, Co-Präsidentin der SP-SeniorInnen, und Anita Raissle, im Vorstand der SP-SeniorInnen. Bereits in ihrer Jugend kämpften sie für die Gleichberechtigung der Frauen, beide sind auch heute noch wichtige Aktivistinnen im Kampf für unsere politischen Anliegen.

Bei der zweiten – ausserordentlichen – Versammlung vom 3. Juli 2003 im Volkshaus ging es um die städtische Abstimmung



Anregende Unterhaltung vor dem Essen für den Abstimmungsclub mit unserem «Spitzenkoch», Alt-Stapi Sepp Estermann.

mung vom 7. September 2003. Drei Parolen mussten gefasst werden. Die Diskussion der Vorlagen «Gestaltungsplan Stadion Zürich» und «Beteiligung der Stadt Zürich am neuen Stadion» wurde sehr emotional geführt; waren hier doch Meinungen von Gegnern und Befürwortern sehr gegensätzlich. Die GegnerInnen, mehrheitlich AnwohnerInnen aus dem betroffenen Gebiet Zürich West, argumentierten vor allem mit dem nicht zu bewältigenden Zuwachs des Verkehrsaufkom-

Planung eingeflossen, der Mehrverkehr werde mit dem Ausbau von Tramlinien grossenteils aufgefangen. Die Finanzierung dieses Projektes sei nur mit der geplanten Mantelnutzung, sprich Einkaufszentrum, möglich und für Investoren nur dann interessant, wenn auch die Rendite einigermaßen stimme. Als Alternative gäbe es nur noch «Shopping ohne Fussball», denn ein Einkaufszentrum werde auf jeden Fall gebaut. Elmar Ledergerber trug mit seinem flammenden Schlussappell zu einem überwiegenden Ja der Delegierten bei.

Die Vorlage «Wohnbauförderung und Pensionskasse», Verlustdeckungsgarantie für Restfinanzierungsdarlehen der Pensionskasse der Stadt Zürich, war unbestritten; für sie wurde einstimmig die Ja-Parole beschlossen. Dasselbe galt für die Reformvorlage des Schuldepartements «Definitive Einführung der Blockzeiten an der Unterstufe der Volksschule ab Schuljahr 2005/06».

Die Delegiertenversammlung (DV) ist – neben der Urabstimmung – das oberste Organ der SP der Stadt Zürich. Sie setzt sich basisdemokratisch aus den Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Parteivorstandes, einer 5-er Abordnung der Gemeinderatsfraktion, je einer 3-er-Delegation der statutarischen Kommissionen sowie den Delegierten aus den Sektionen (je nach Mitgliederzahl zwischen 9 und 17 pro Sektion) zusammen.

mens sowie mit den nicht quartierverträglichen Mantelnutzungen und sprachen sich vehement für eine abgespeckte Lösung aus, welche quartierverträglich sei. Die Losung der Gegenkampagne lautete: «Fussball ohne Shopping». Die Befürworter des Stadions, unter anderem auch unsere Stadträte Martin Waser und Elmar Ledergerber, machten deutlich, dass nur ein Stadion in dieser Grösse die dringend notwendigen wirtschaftlichen Impulse für die Stadt Zürich bringe. Die berechtigten Anliegen der AnwohnerInnen seien in die

Bericht aus dem Stadtrat

von Martin Waser

Neun menschlich und politisch eigenständige Personen ringen hart, aber konstruktiv um tragfähige gemeinsame Lösungen. Der SVP-Kelch, der in der FDP als vermeintliches Heilmittel herumgereicht wird, ist glücklicherweise am Stadtrat vorbeigegangen. Das Verhältnis ist kollegial, in jedem Sinn des Wortes. Die Folge davon ist, dass auch viel Konkretes erreicht und umgesetzt wird.

Bund und Kanton haben Entlastungsprogramme beschlossen. Doch «Entlastung» ist nicht das treffende Wort. Korrekt wäre «Lastenverlagerung». Der Regierungsrat verabschiedete Sanierungsmassnahmen für 2004. Dabei musste der Stadtrat feststellen, dass Kosten auf die Stadt abgeschoben werden. Ohne Absprache und ohne Koordination werden Lasten einfach weitergereicht. Das dann als «sparen» zu verkaufen, ist oberfaul. Die schon verfügbaren kantonalen Massnahmen haben 2003 bei der Stadt Zürich zu einer Mehrbelastung von gut 30 Millionen Franken geführt. Die im Mai veröffentlichten Sanierungsvorschläge 04 des Kantons intensivieren diese Kostenverlagerungen nochmals. Solche Massnahmen sind zum Beispiel die Abschaffung der kantonalen Beihilfen zur AHV/IV, die sich auf die gesetzliche Sozialhilfe auswirken wird, oder die Reduktion der kantonalen Defizitbeiträge an ambulante soziale Einrichtungen. Wenn einzelne Sparanstrengungen gemeinsam koordiniert und dann auch von den demokratischen Organen sowie von den Betroffenen mitgetra-

Bitte umblättern



Martin Waser

gen werden, kann sich der Stadtrat vorstellen, neue kantonale Standards anzuwenden. Was der Stadtrat dezidiert nicht will, ist eine Vorgehensweise, die den «Schwarzen Peter» den Gemeinden belässt und diese zu Schuldigen stempelt, wenn gewisse Einrichtungen aufgrund der kantonalen Sparvorgaben nicht mehr zu halten sind.

Sparmassnahmen

Natürlich wird immer wieder die Forderung laut, in der Verwaltung Personal abzubauen, eine wichtige Ingredienz im SVP-Kelch. Dass Sparen oft bedeutet, dass Leistungen abgebaut werden, ignorieren viele SparpredigerInnen rundweg. Wie sonst ist der Ausspruch einer letztlich nicht gewählten SVP-Nationalratskandidatin zu erklären: «Man spart immer dort, wo es der Bürger merkt. Man sollte besser bei der Verwaltung sparen, dort würde es der Bürger nicht spüren» (gehört in einer Wahlsendung von Schweizer Radio DRS). Abgesehen vom Leistungsabbau: Würde die Verwaltung wirklich Menschen aus den Amtshäusern weisen, kämen diese indirekt als Arbeitslose und Sozialfälle zurück, was die Steuerzahlenden wiederum zu spüren bekämen.

Luftverkehr

Der Stadtrat wehrte sich im vergangenen Jahr vehement gegen die Südanflüge,

unter anderem mit vier Eingaben bei den Bundesbehörden. In rechtlicher Hinsicht sind damit für den Moment alle bestehenden Möglichkeiten ausgeschöpft. Der Stadtrat setzt sich aber weiterhin auch mit allen verfügbaren politischen Mitteln dafür ein, Südanflüge zu verhindern. Eine durch Fluglärm verminderte Attraktivität städtischer Gebiete, die soziale Entmischung Schwamendingens und der durch den Sicherheitszonenplan drohende Verlust der bewaldeten Naherholungsgebiete am Zürichberg und Adlisberg: All das ist nicht einfach so hinzunehmen, ohne dass der Bevölkerung unseres demokratischen Staates nicht mindestens die rechtlichen Möglichkeiten zugestanden werden, sich zu wehren.

Reform der Stadtverwaltung

Nachdem der Gemeinderat der Weisung zur Reform der Stadtverwaltung nicht zugestimmt hatte, ging der Stadtrat in einer Klausur noch einmal über die Bücher. Er stellte nach wie vor Handlungsbedarf in wichtigen Fragen der Verwaltungsreform fest. Diesen erkennt er insbesondere in den Fragen interner Querschnittsleistungen (z. B. Informatik und Personal), in der Analyse der Prozesse (Bewilligungsverfahren, interdepartementale Abläufe) und in der Bereinigung von Schnittstellen. Er erachtet es weiterhin als wünschenswert, die Grobstruktur der Verwaltung zu hinterfragen und zu überprüfen. Im jetzigen Zeitpunkt konzentriert sich der Stadtrat jedoch auf die Umsetzung grosser und neuer Projekte wie die Legislatorschwerpunkte und die Reorganisation im Personalwesen. Die Belastung durch das ordentliche Geschäft und die Konsolidierung aller Projekte ist hoch; der Einsatz für eine Verwaltungsreform wäre nicht zu rechtfertigen. Der Stadtrat setzt daher die Verwaltungsreform vorläufig aus.

Lehrstellen

Die Stadtverwaltung gab im Sommer eine handfeste Antwort auf den Mangel an Lehrstellen. Ab August schuf sie zusätzliche Berufslehrplätze und Praktikumsplätze für SchulabgängerInnen sowie neue

Job-Plus-Plätze. Insgesamt erhöhte sich damit das Angebot für die 2- bis 4-jährigen Berufslehren bei der Stadtverwaltung von knapp 380 auf rund 460 Stellen. Die Stadt bildet Jugendliche in insgesamt 30 Lehrberufen aus.

Asylmanifest

Gesamtschweizerisches Aufsehen erregte der Stadtrat mit seinem Asylmanifest. Ende Januar veröffentlichte er einen dringenden Aufruf zur Asylpolitik mit dem Ziel, eine konstruktive asylpolitische Diskussion in Gang zu setzen. «Arbeit statt Fürsorge» bildet darin einen zentralen Grundsatz. Die Bilanz für 2003 lässt sich sehen. Die Stadt hatte 195 Asyl Suchende in der Vermittlung oder im Einsatz. Insgesamt wurden bei den langfristigen Einsätzen knapp 54 000 Stunden geleistet. Die Kurzeinsatzstatistik ist noch nicht bereit, sie dürfte weitere 2 bis 3 000 Stunden ausweisen. Die Entschädigungen erreichen vorbehaltlich der Kurzeinsätze 123 000 Franken. Die Rückmeldungen der Einsatzstellen waren überwiegend positiv, ebenso jene der Teilnehmenden, welche vor allem die Kontakte am Einsatzort und den Zustupf an ihr Budget (100 bis 400 Franken) sehr schätzen. Erste Indizien zeigen, dass die Beschäftigungseinsätze einen deutlich positiven Einfluss auf die Gesundheit und das soziale Umfeld der Asyl Suchenden haben.

Nach der Aufbauphase in den ersten 8 Monaten stehen für 2004 die Konsolidierung und die Gewinnung von genaueren Informationen über die Auswirkungen und Effekte für Stadt, Einsatzstellen und Teilnehmende im Vordergrund.



Judith Bucher

Gemeinderatsfraktion

von Judith Bucher, Fraktionschefin

Fraktionsvorstand und Parteigremien

Im Berichtsjahr bildeten das Präsidium der Fraktion: Judith Bucher (Präsidentin), Corine Mauch und Josef Köppli (Vizepräsidentin/präsident). Weitere Vorstandsmitglieder waren: Susanne Twerenbold (Parteisekretärin), Helmut Britz, Rolf Naef, Benjamin Naef, André Odermatt, Silvia Seitz und die Leiterin des Fraktionssekretariats Verena Röllin. Im Parteivorstand wurde die Fraktion durch ihr Präsidium vertreten (2 Stimmen). Delegierte waren: Helmut Britz, Dominique Feuillet, Joe Manser, Christine Stokar, Min Li Marti.

Personelles

Die Fraktion setzt sich aus 28 Frauen und 21 Männern zusammen.

2003 traten Romana Leuzinger (SP 3), Monika Spring (SP 10), Marie-Therese Meier (SP 7), Christine Marchetto (SP 9) und Benjamin Naef (SP 2) zurück und wurden durch Christina Isele (SP 3), Andreas Ammann (SP 10), Yvonne Müller (SP 7), Christine Seidel (SP 9) und Marianne Spieler (SP 2) ersetzt. Den Zurückgetretenen sei an dieser Stelle herzlich für ihre Arbeit zu Gunsten der SP und der SP-Fraktion gedankt.

Politische Arbeit

Die Arbeit im Gemeinderat war geprägt von einer SP-Fraktion, die geschlossen am selben Strick zog und damit in der Mehrzahl der Geschäfte, trotz knapper Mehrheit der bürgerlichen Parteien, obsiegen konnte. Die SVP-Fraktion verhielt sich, wie schon hinlänglich bekannt, sehr lautstark, ohne aber damit Erfolge erzielen zu können. Weite Teile der seit den letzten Wahlen doch arg geschrumpften FDP-Fraktion versuchen zunehmend mit Effekthascherei zu politisieren und suchen auch vermehrt den Schulterchluss mit der SVP. Für die SP bedeutete dies, dass von Geschäft zu Geschäft immer wieder neue, unterschiedliche Koalitionen und Mehrheiten zu suchen waren, die oft zusammen mit der Grünen Partei und der CVP zu finden waren.

Das vergangene Jahr war für die SP-Fraktion auch deshalb erfolgreich, weil unsere Positionen bei sämtlichen Volksabstimmungen bestätigt und gestärkt wurden.

Höhepunkte

Besonders deutlich zeigte sich dies in der Verkehrs- und in der Schulpolitik: Im Frühling unterstützten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Vorlage zum Opernhausparking und zur gleichzeitigen Befreiung des Münsterhofs von Parkplätzen mit einer überwältigenden Mehrheit. Kurz nach dieser Abstimmung verkündete die FDP in einer völlig überhasteten Pressekonferenz, dass sie in der Verkehrspolitik nun eine Wende um 180 Grad zu machen gedenke und nur noch um mehr Parkplätze kämpfen werde. Die eigentlich schon abgeschlossenen Verhandlungen zum kommunalen Verkehrsplan wurden daraufhin torpediert, und gegen den Beschluss der Mehrheit des Gemeinderates (SP, Grüne, CVP) wurde das Behördenreferendum ergriffen. Die freisinnige Wende verkam am 8. Februar 2004 in der Volksabstimmung zu einer eigentlichen Bauchlandung: Die für die SP so wichtige Aufwertung der Quartierzentren und auch der Parkplatzkompromiss in der Innenstadt wurden von einer Zweidrittelmehrheit begrüsst.

Geleitete Schulen

In der Schulpolitik setzte sich genauso wie im Gemeinderat auch in der Volksabstimmung – ganz im Gegensatz zum Kanton – eine zukunftsgerichtete Mehrheit durch: Im September 2003 bewilligte das Volk die Einführung der Blockzeiten und im Februar 2004 setzten sich ebenfalls mit einer grossen Mehrheit die geleiteten Schulen durch.

Sparhysterie

Die Budgetberatung kann als Erfolg des Stadtrates, aber auch der SP-Fraktion gewertet werden. Anstatt wie heutzutage landauf und landab üblich in eine übertriebene Sparhysterie zu verfallen und massivem Abbau von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen Vorschub zu leisten, konnte ein Budget verabschiedet werden, das in die Zukunft der Stadt Zürich investiert. Radikale Einschnitte im Sozialbereich, wie sie die bürgerliche Mehrheit geplant hatte, konnten in unzähligen Gesprächen letztlich verhindert werden. Die unverantwortliche Kostenverlagerungs-Politik von Bund und Kanton lässt jedoch bezüglich der städtischen Finanzen dunkle Wolken aufziehen: Für das Jahr 2004 wird es auch für den Zürcher Gemeinderat entscheidend sein, dass das eidgenössische Steuer-Mogel-Paket im Mai abgelehnt wird.

Dada-Debatte

Zum Schluss darf im Jahresbericht der Gemeinderatsfraktion der kulturelle Höhepunkt des Jahres 2003 nicht fehlen: Mit dem vom Rat geforderten Kulturleitbild wurde es möglich, nicht nur altbewährte Kultur zu fördern, sondern auch neue Akzente (gegen den anfänglichen Widerstand des Stadtrates) zu setzen. Die turbulente und nahezu brillante Ratssitzung zum Dadahaus wird nicht nur bei der SP in die Annalen eingehen.



Während in der Küche das Küchenpersonal, neben Sepp Estermann Mitglieder der Geschäftsleitung, an der Arbeit sind ...

Sektionsbericht SP 12

von *Rolf Naef*

Nachdem Schwamendingen ein eigener Stadtkreis (12) geworden war, spaltete sich im Jahre 1972 die Sektion 12 von der SP Oerlikon ab. Damals war Schwamendingen noch ein traditionelles Arbeiterquartier mit einer entsprechenden Wählerschaft. Schwamendingen wurde ursprünglich als Gartenstadt für Familien geplant und gebaut. Bis vor rund zwanzig Jahren war der Anteil der nicht schweizerischen Bevölkerung kein Thema. Die grosse Umweltbelastung durch die Stadtautobahn und die erhöhten Raumbedürfnisse der Familien führten in den letzten Jahren zu massiven Umschichtungen in der Bevölkerung. Damit einhergehend verschoben sich die politischen Machtverhältnisse, so dass die SVP heute neben der SP die stärkste Partei ist.

War das Schulpräsidium in der Vergangenheit beinahe unbestritten in sozialdemokratischer Hand, findet diesen Frühling ein erbitterter Wahlkampf statt. Es ist für die SP 12 die grösste Herausforderung der letzten Jahre, den Sitz des abtretenden Gildo Biasio mit dem Kandidaten Res Rickli gegen den Herausforderer von der SVP zu halten. Dieser Wahlkampf wird im ersten Halbjahr 2004 alle menschlichen und finanziellen Ressourcen unserer Partei beanspruchen.

Bereits die SP-interne Ausmarchung zwischen zwei exzellenten Kandidaten ist auf reges Interesse gestossen; weit mehr als sechzig Genossinnen und Genossen haben sich am Auswahlverfahren beteiligt.

Neben der Schulpräsidiumswahl stehen aber für Schwamendingen andere eminent wichtige Probleme an. Mit der seit Jahrzehnten geforderten Überdeckung der Autobahn, welche Schwamendingen zerteilt, geht es kaum voran. Zudem deckt der Zürcher Flughafen einen Teil von Schwamendingen derart mit Fluglärm (Süd-Anflug) ein, dass er kaum mehr bewohnbar ist. ExponentenInnen der SP 12 kämpfen an vorderster Front in Vereinen mit, die sich für die Überdeckung der Autobahn (beispielsweise Jürg Rüegger) und die Bekämpfung des Fluglärms (Marcel Savarioud) einsetzen. Insbesondere die Fluglärmsituation wird in den nächsten Jahren darüber entscheiden, ob Schwamendingen als Wohnquartier für Familien noch akzeptabel sein wird. Ein Exodus von BewohnerInnen, die sich bisher für ihr Quartier stark gemacht haben, ist nicht auszuschliessen. Mittelfristig könnte das in personeller Hinsicht auch für die SP 12 ein Problem werden. Mit grossem Einsatz haben wir es geschafft, dass Schwamendingen als arg betroffenes Quartier wahrgenommen wird und dass man bei den verpönten Süd-Anflügen nicht mehr nur von den Goldküstengemeinden und Gockhausen spricht. Wir bleiben dran!

Berichte aus Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen

Justizkommission

von *Pierre Martin, Präsident*

Auch im Jahr 2003 hielt die Justizkommission lediglich eine Sitzung ab. Dabei ging es um die Kandidaturen für zwei Ämter als Bezirksanwältinnen bzw. Bezirksanwälte auf der Bezirksanwaltschaft Zürich. Eine Stelle war durch den Rücktritt von Miriam Forni frei geworden, die andere konnte die SP aufgrund des neuen Parteienproporz von der CVP erben. Aus den Bewerbungen konnten wir der Geschäftsleitung mit Alexandra Bergmann (SP Illnau-Effretikon) und Sabine Tobler (SP 8) zwei überzeugende Kandidaturen vorschlagen. Geschäftsleitung und IPK sind dieser Empfehlung gefolgt.

Schulpolitische Kommission (SPK)

von *Andrea Ruckstuhl*

Die personelle Zusammensetzung der Schulpolitischen Kommission hat sich im Jahr 2003 stark verändert. Da einige der neu Hinzugekommenen Mitglieder von Schulpflegern sind, kann von einer grundsätzlich noch besseren Vernetzung mit anderen städtischen schulpolitischen Gremien ausgegangen werden. Die Diskussion über die künftige Arbeit der Kommission stand im Zentrum der Sitzungen im



... unterhalten sich die Club-Mitglieder angeregt.

letzten Jahr. Tages(schul)politische Themen – Auswirkungen der Sparpakete, Behördenreorganisation – sollen zwar verfolgt werden, sind aber nicht vordringliche Aufgabe der Kommission. Sowohl im Gemeinde- und im Kantonsrat als auch in den Schulpflegen (insbesondere den Schulpräsidien) sind genügend Leute vorhanden, die sich dieser Aufgaben annehmen. Vielmehr soll sich die Kommission in die Grundsatzdebatte über Schulthemen einmischen. Ein Thema steht für die Kommission im Moment im Vordergrund: Wie geht die (Volks)Schule mit den an sie gestellten Leistungsanforderungen auf unterschiedlichen Ebenen – Stoffvermittlung, Erziehung, Förderung von Sozialkompetenz, Integration, um nur die wichtigsten zu nennen – um? Zur Vorbereitung einer geplanten Tagung zu diesem Thema im laufenden Jahr haben sich die Mitglieder in verschiedene Teilbereiche des Themas eingearbeitet.

Second@s Plus

von Roberto Rodríguez, Co-Präsident

Für die SP Second@s Plus (ehemals SP Migration) ist ein ereignisreiches, aber vor allem auch erfolgreiches Jahr zur Neige gegangen. Unser Vorstand hat sich im vergangenen Jahr drei Aufgaben gestellt:

Kommunal: der AusländerInnen-Rat

Unser Ziel ist der Aufbau eines demokratisch gewählten Gremiums für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zürich, welche nicht die Schweizer Nationalität besitzen. Dieser Rat soll ein Symbol sein für

die Partizipation der Ausländerinnen und Ausländer. Damit wird eine reale Vertretung der Migration im politischen Leben gewährleistet.

Wir geben uns jedoch keinen Illusionen hin, ein solches Parlament wird es nicht so schnell geben. Einerseits bedingt durch die Referendumsmöglichkeit der Gegner und andererseits wegen der finanziellen Rahmenbedingungen ist ein demokratisch gewähltes Migrations-Parlament in Zürich nicht per sofort möglich. Wir sind uns bewusst, dass unser Hauptziel, die politische Mitbestimmung von AusländerInnen auf kommunaler Ebene, immer noch weit entfernt ist. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass genau diese Zeichen notwendig sind, um eine reale Integration der MigrantInnen und von deren Kindern zu erreichen. Aus diesen Gründen brauchen wir Symbole wie einen AusländerInnen-Rat. Deshalb werden wir dieses Projekt weiter verfolgen und immer versuchen, möglichst auch unseren Standpunkt einzubringen. Wir unterstützen nach wie vor unsere gewählten RepräsentantInnen in ihrem Bestreben, solche Zeichen zu setzen.

Kantonal: die neue Verfassung

Bei der Diskussion um unsere neue kantonale Verfassung haben wir unsere Forderungen bereits von Beginn weg etwas heruntergeschraubt, um nicht zu polarisieren. Wir haben versucht, zumindest das fakultative Stimm- und Wahlrecht im Verfassungsentwurf zu verankern. Trotz der geschlossenen Haltung der SP in dieser Frage hat es nicht gereicht. So gesehen ist für uns die neue Kantonsverfassung eine grosse Enttäuschung.

National: die Parlamentswahlen

Die vielen eidgenössischen Vernehmlassungen belegen unmissverständlich, dass Migrations- und Integrationspolitik vor allem auf nationaler Ebene gestaltet werden. Aus diesem Grund sind die eidgenössischen Parlamentswahlen für unsere Gruppierung von grosser Bedeutung.

Ziel unserer Aktivitäten war es einerseits, zumindest eine unserer beiden Kandidaturen auf einen aussichtsreichen Listenplatz zu hieven und andererseits unseren Anliegen Gehör zu verschaffen. Beides ist uns gelungen. Fiammetta Jahreiss war auf einem sehr guten Listenplatz auf der Liste 11 und wir erreichten dank der Liste 15 ein erstaunliches Wahlergebnis. Insbesondere haben wir erreicht, dass der Themenbereich Migration/Integration positiv besetzt wurde. Unser Projekt «second@s plus» mit Salvatore di Concilio auf einem Spitzenplatz war ein Erfolg und hat massgeblich dazu beigetragen, unsere Position innerhalb der SP zu stärken.

Unsere Organisation, die SP second@s plus, ist ein wichtiger Teil der SP. Bisher waren wir in der SP Stadt Zürich integriert und neu werden wir dies auch bei der SP des Kantons Zürich sein. Wir sind keine Partei, sondern eine Gruppierung, die sich als Lobby und Netzwerk versteht; innerhalb, aber auch ausserhalb der SP. Wir müssen in Zukunft vermehrt versuchen, unsere Kandidatinnen und Kandidaten in aussichtsreiche Positionen zu bringen, denn nur unsere Kandidaturen können sich selbst vertreten und somit eine wahrlich glaubhafte Migrationspolitik einbringen.

Bitte umblättern



Beim zweiten «Zopf & Palaver» mit Elmar Ledergerber und Hermann Strittmatter gab es allen Grund zum Schmunzeln ...

Dazu müssen wir uns in den SP-Sektionen engagieren und dort unsere politischen Positionen einbringen, um später auf die besagten aussichtsreichen Listenplätze zu kommen. Erst wenn wir auch die entsprechenden Sitze in den Parlamenten haben, können wir direkt in die Gesetzgebung eingreifen.

Neben der Vernetzung muss unsere Organisation auch wachsen. Unsere eigene Web-Page ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Neu ist es auch möglich, anonym Mitglied zu werden, wenn jemand sich nicht «outen» will. Dies ist über das Internet möglich.

Das Wachstum der Mitgliederzahl und die geografische Ausweitung sind in unserem System der direkten Demokratie äusserst wichtig. Denn nur wer auch glaubhaft mit dem Referendum drohen kann, kann parlamentarische Vorlagen (wie zum Beispiel die neue Kantonsverfassung) in seinem Sinn beeinflussen.

Unser demokratisches System ist entwicklungsfähig und im Fall der Partizipation der Migration und von deren Produkten – den Secondas und Secondos – auch entwicklungsbedürftig.

Im neu gewählten Vorstand sind:

Co-Präsidium: Fiammetta Jahreiss
Roberto Rodríguez

Finanzen: Kyriakos Papageorgiou

Protokollierung: Claudio Genovese

Internet: Maria Magdalena Decasper

Standaktionen: Patricia Ilija

Neumitglieder: Isabel Bartal

Projekt Verfassungsrat: Josef Nemecek

Projekt Sektionen/Kanton: Renato Valoti

Projekt Gewerkschaften: Salvatore di Concilio

JUSO Stadt Zürich

von Andreas Cassee, Präsident

Der Beginn des Polit-Jahres 2003 stand ganz im Zeichen des Irak-Krieges. Während die Bomben auf Bagdad niederprasselten, strömten die vermeintlich so politikverdrossenen Jugendlichen zu Tausenden auf die Strasse. Die JUSO beteiligte sich nicht nur an der Organisation verschiedener Friedensdemos, sondern protestierte auch mit kleineren Aktionen gegen den Krieg. Am Abend nach Kriegsbeginn errichteten rund 30 AktivistInnen ein Peace-Zeichen aus 300 Fackeln am Üetliberg, und bei einem Rüstungskongress in Luzern wurde die Empörung über die Schweizer Kriegsmaterialexporte mit einem «Die-In» zum Ausdruck gebracht. Am 1. Mai bildete die JUSO gemeinsam mit den Roten Falken einen Kinder- und Jugendblock an der Spitze des Demonstrationzuges und veranstaltete am Abend eine kleine Party auf der Saffa-Insel. Ernüchternd war der Ausgang der Abstimmungen vom 18. Mai. Gleich sieben Vorlagen für eine soziale und umweltbewusste Schweiz wurden verworfen, nicht zuletzt aufgrund einer millionenschweren Nein-zu-allem-Kampagne von bürgerlicher Seite. Besonders enttäuschend war aus unserer Sicht die Ablehnung der Lehrstelleninitiative Lipa, die die JUSO gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend lanciert hatte. Im Juni beteiligte sich die JUSO an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Evian und an der Kampagne gegen die Sparmassnahmen im Bildungsbereich. Der Herbst stand schliesslich ganz im Zeichen der Nationalratswahlen. Rund um die Themen Bildung,

Lebensqualität, Globalisierung und Gleichstellung wurde ein basisorientierter und kreativer Wahlkampf geführt, wobei das Aufhängen mehrerer hundert Wanderwegschilder in Richtung des geplanten Atommülllagers Benken der JUSO eine Strafanzeige einbrachte. Angesichts der grossen Zahl von linken Listen war das Resultat des Wahlkampfs nicht schlecht. Die JUSO blieb stärkste Jungpartei im Kanton. Das viel prognostizierte Tief nach den Wahlen blieb aus, an unzähligen Standaktionen wurden Unterschriften für die Initiative «Chancen für Kinder» gesammelt. Nach der Wahl der rechten Patriarchen in den Bundesrat beteiligte sich die JUSO an einer Spontandemonstration und an der Gründung der «Zürcher Offensive Frauen gegen rechts» (ZOFF!), die für den Frauenprotesttag am 8. März mobilisiert. Das WEF bildete einen weiteren Schwerpunkt des JUSO-Jahres. Bereits im Vorfeld wurde ein Bildungsweekend mit Workshops zu Themen rund um die Globalisierung organisiert. Die JUSO Stadt Zürich enttarnte gemeinsam mit der GSoA, der theologischen Bewegung und den Grünen den WEF-Kommandobunker der Schweizer Armee, um gegen die zunehmende innere Militarisierung zu protestieren. Und als Teil des «Blockadenetzwerks Malfalda» beteiligte sich die JUSO an einer Sitzblockade beim Flughafen. Erstmals in der Schweiz griffen mehrere hundert Menschen zum Mittel des gewaltfreien zivilen Ungehorsams, um gegen die Lobby der transnationalen Konzerne und ihren weltweiten Sozial- und Demokratieabbau zu protestieren. Erfreulich waren auch die Abstimmungen vom 7. Februar. Insbesondere gegen den Avanti-Bschiss und für



... aber auch neue Erkenntnisse.

den Zürcher Verkehrsplan hatten sich viele Jusos ins Zeug gelegt. Mit dem Wissen, dass die Linke doch Abstimmungen gewinnen kann, mit einem teilweise erneuerten Vorstand und vielen neuen Mitgliedern wird sich die JUSO Stadt Zürich auch in den nächsten zwölf Monaten mit ganzer Kraft engagieren.

AG Senioren und Seniorinnen von Agnes Guler und Jenny Heeb

Der Vorstand der SeniorInnengruppe startete mit einem ansprechenden Programm ins erste Halbjahr 2003.

Im Februar referierte unsere Regierungsratskandidatin Regine Aeppli zusammen mit Brigitte Steinem, Geschäftsführerin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH), zum Thema «Jede 11. Person in der Schweiz ist arm».

Ein grosser Erfolg war die von der «Arbeitsgruppe Alter» der SP Kanton Zürich organisierte Vormaifeier. Insbesondere die Teilnahme von Alt-Nationalrat und -Parteipräsident Helmut Hubacher mobilisierte viele BesucherInnen.

Im Hitzemonat Juni berichtete Alt-Stadtpräsident Josef Estermann über seinen London-Aufenthalt, insbesondere auch über seine Eindrücke bezüglich der Politik von «New Labour».

Im September nahmen Ständeratskandidat Josef Estermann und Nationalrätin Vreni Hubmann Stellung zum Thema «Haben unsere Sozialversicherungen eine Zukunft?». Vreni Hubmann berichtete darüber, was in Bern zur 11. AHV-Revision wie auch zur BVG-Revision und zum Krankenversicherungsgesetz läuft.

Im Oktober klärte uns die Kantonsrätin und Präsidentin der Patientenstelle Zürich Erika Ziltener zum Thema «Lohnt sich ein Krankenkassenwechsel?» mit konkreten Beispielen auf. Wenn ja, wie gehe ich vor? Dazu gab es Tipps und Anweisungen mit dem entsprechenden Formular.

Die Dezemberveranstaltung wurde von Jenny Heeb gestaltet. Mit eindringlichen Worten berichtete sie von ihrem kürzlichen Aufenthalt in der Genossenschaft «New Ways» in Merka, Somalia, deren Präsidentin sie ist. Dieses Hilfswerk war von Vre Karrer gegründet worden, die auf tragische Weise in Somalia ums Leben kam. Die Genossenschaft besteht aus einem Ambulatorium, einer Primar- und einer Sekundarschule.

Am 10. September haben wir von unserer verdienten Genossin Irma Heeb Abschied genommen. Bis zuletzt lag ihr die SeniorInnengruppe sehr am Herzen. Die Vorstandsmitglieder trafen sich im vergangenen Jahr zu drei Sitzungen.

Bildungsausschuss von Mario Florin

Am ordentlich besuchten Risotto und Rote Geschichten (1. Februar, Volkshaus) lasen Jürgmeier, Peter Stamm, Christian Uetz, Hanna Johansen, Ruth Schweikert und Anke Weschenfelder. Im ersten «sogar der Rede wert»-Talk im sogar Theater ging es um das Thema «Sponsoring». Geladen waren der Filmer Fredi Murer und der Verantwortliche für Kultursponsoring bei der Credit Suisse, Toni Krein (31. Januar). Im zweiten Talk mit dem Titel «Götzendämmerung. Über den

Zerfall des Mythos des allmächtigen Wirtschaftsführers» sprachen Gerhard Schwarz, Wirtschaftsredaktor bei der NZZ, und Carol Franklin, Geschäftsführerin «Spirit of Davos» (21. Februar). Zum Zeitpunkt des dritten Talks führten die Amerikaner, wie schon seit längerer Zeit zu befürchten und vorauszusehen war, Krieg im Golf. Das Thema «Their way – our way? Über Amerikanisierung und unsere Hassliebe zu den Amis» (4. April) lag deshalb regelrecht in der Luft und wurde von Gret Haller, Autorin von «Die Grenzen der Solidarität», Saïda Keller-Messahli, Kulturschaffende, und Richard Wolff, Geograf und Stadtforscher, engagiert und konzentriert diskutiert.

Leider stand bei diesen drei Veranstaltungen der Aufwand in keinem Verhältnis zum Publikumsaufmarsch; wir haben darum beschlossen, die Reihe nicht fortzusetzen. Der Risotto scheint zu unserem «Kerngeschäft» zu werden.

Kinderfreunde Zürich und Rote Falken Zürich von Ralf Stiefel

Die Kinderfreunde Zürich begleiten und verantworten den Gruppenbetrieb der Roten Falken als Verein im Hintergrund. 2003 war geprägt von der Diskussion um eine Standortbestimmung der Kinderfreunde und eine Neupositionierung der Aufgaben. Um eine breitere Bekanntheit zu schaffen und um neue Mitglieder und Finanzen zu gewinnen, entstand die erste Ausgabe eines Infoblattes. Wichtiger Teil der Vereinsarbeit war die Begleitung der

Bitte umblättern



Elmar Ledergerber und Hermann Strittmatter, diesmal in vertauschten Rollen.

Leiterinnen und Leiter in ihrer Arbeit mit den Kindern in Form von Austausch, Coaching und Weiterbildung.

«Losed eus zue!» Mit dieser Forderung waren die Roten Falken an der vom Kinder- und Jugendbündnis organisierten Kinderdemo am 1. Mai dabei. Das Kinder- und Jugendbündnis wurde für diesen Anlass von den Leiterinnen und Leitern der Roten Falken mitgegründet. «Kinder haben Rechte!», ein Kinder-Fackelzug durch die Innenstadt zum Tag des Kindes, war eine weitere Veranstaltung des Kinder- und Jugendbündnisses. Zwei erfolgreiche öffentliche Höhepunkte in der Arbeit der Roten Falken. Genau so wichtig war die kontinuierliche Gruppenarbeit mit den Kindern. Eine Arbeit, bei der das gemeinsame Erleben in der Gruppe und der faire, aufmerksame und solidarische Umgang untereinander und mit der Umwelt im Zentrum stehen. Die Kindergruppe traf sich regelmässig am Samstag Nachmittag. Zwei Wochenenden und ein Kinder- und Familienfest im Mösli, dem roten Haus im Grünen (Stiftung Kinderfreundeheim Mösli), ein Pfingstlager in Bern und ein abenteuerliches Sommerlager auf der Tessiner Alp Cortoi waren prägende Erlebnisse im 2003.

AG Altersveranstaltungen

von Agnes Guler und Jenny Heeb

Den Reigen der Altersveranstaltungen 2003 eröffnete Regierungsrat Markus Natter mit dem Thema: «Die Schwachen statt die Wohlhabenden entlasten und keine Aushöhlung staatlicher Dienstleistungen.» Insgesamt hatte er vier Auftritte

in verschiedenen Altersheimen der Stadt Zürich.

Im April referierte Stadtrat Robert Neukomm über «Tiefere Krankenkassenprämien und mehr Steuergerechtigkeit. Dazu braucht es mehr SP.» Auch er hatte vier Auftritte zu seinem Thema.

Im Juli erklärte Ernst Reimann, Direktor des Amtes für Zusatzleistungen der Stadt Zürich, den Senioren und Seniorinnen, wie sich die geplanten Sparmassnahmen auf die AHV/IV-Beihilfen auswirken würden. Unter dem Titel «Hände weg von den AHV/IV-Beihilfen» besuchte auch er vier Altersheime.

Vor den National- und Ständeratswahlen empfahl sich Josef Estermann als Ständeratskandidat mit dem Thema «Gerechte Altersvorsorge für alle – kein Abbau unserer Sozialwerke». Zusammen mit Nationalrätin Vreni Hubmann, welche aus dem Nationalrat berichtete, zeigte er auf, welche gravierende Folgen die 11. AHV-Revision hätte.

Alle Veranstaltungen waren sehr gut besucht. Unseren Referenten, unterstützt von den ModeratorInnen Emy Lalli, Erika Ziltener, Silvia Seiz und Walter Reist, gelang es, mit interessanten und speziell auf die Anliegen und Probleme älterer Menschen hinweisenden Themen ein grosses Publikum auch ausserhalb der SP anzusprechen.

Mit lebhaften Diskussionen und abschliessendem Kaffee und Kuchen endeten jeweils unsere Veranstaltungen.

Kommentar zur Jahresrechnung 2003

von Mechthild Malash

Allgemeine Interpretation

Die Jahresrechnung 2003 weist einen Gewinn von Fr. 2 984 und darüber hinaus Rückstellungen von Fr. 162 238 aus. Der Stadtpartei stehen für 2003 insgesamt Fr. 89 000 für Kampagnen ausserhalb der budgetierten politischen Aktivitäten zur Verfügung (Vorjahr: Fr. 34 000).

Ein Blick auf einzelne Bilanz- und Erfolgsrechnungspositionen

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 10,1% auf Fr. 619 235 erhöht. Dies hängt im wesentlichen mit der Erhöhung der Rückstellungen für Wahlen und Aktionen von Fr. 134 000 auf Fr. 289 000 zusammen (+ 115,7%). Die Kreditorensumme «Kantonalpartei» sank um Fr. 107 393 (– 30,7%).

Auf der Aktivseite ergibt sich die Erhöhung der Bilanzsumme vor allem durch die Zunahme der Depositenkonti um 61,1% von Fr. 125 587 auf Fr. 202 372.

In der Erfolgsrechnung stieg die Summe um 4,0% auf Fr. 659 269. Während der grösste Einzelposten (Personalaufwand) um 5,6% auf Fr. 205 545 gesenkt werden konnte, stieg der administrative Aufwand um 10,0% auf Fr. 80 666. Dies liegt im wesentlichen am Umzug des Parteisekretariates an die Schreinerstrasse 43. Die Kosten für einmalige Aktivitäten wie die Gesundheits-, die Polizei- oder die Langstrasseninitiative belaufen sich auf Fr. 48 274.

Auf der Ertragsseite sind die Mitgliederbeiträge leicht gesunken, nämlich um

0,8% auf Fr. 102 878. Dagegen stiegen die Parteiausgleichsbeiträge um 9,0% von Fr. 463 689 auf Fr. 505 421.

Unsere Kampagnen im 2003

Wie bereits seit einigen Jahren investiert die Stadtpartei vor allem in Abstimmungszeitungen, welche die Sektionen auf eigene Kosten in den Stadtkreisen verteilen oder verteilen lassen. Investiert wird gleichzeitig in die Stadtkreise 9, 11 und 12, für die die Stadtpartei zwei- bis viermal pro Jahr auch die Portokosten übernimmt. Die Mittel dafür werden jeweils budgetiert. Die teuerste Produktion in diesem Jahr war die Abstimmungszeitung mit acht Seiten für die «Multiabstimmung» vom 18. Mai mit 12 Vorlagen. Leider konnte dieser Flyer das Blatt auch nicht wenden, das Abstimmungswochenende wurde zum regelrechten «Waterloo» für die Linke. Das wichtige Nein zur Gesundheitsinitiative tat besonders weh. Die Stadtpartei hatte sich finanziell und personell im kantonalen Komitee engagiert. Die Mitglieder des «Abstimmungsclubs» hatten sich ebenfalls mit Spenden beteiligt. Das war nicht das erste Mal.

Im Herbst luden wir alle SpenderInnen zu einem feinen Nachtessen mit allem Drum und Dran ein. Der Koch war nicht irgendwer; Ständeratskandidat Josef Estermann stellte seine Kochkünste unter Beweis. Alle TeilnehmerInnen waren begeistert. Die Bedienung war auch nicht ohne. Unter dem «Chef de service» Koni Loepfe stellten sich einige Mitglieder der Geschäftsleitung besonders geschickt an. Das besondere «Merci» der GL ist sehr gut angekommen.

Höhepunkte

Ein weiterer Schwerpunkt im vergangenen Politjahr war die Integrationstagung vom 5. Juli im Volkshaus Zürich. Das Projekt wurde mit grossem finanziellem und personellem Aufwand geplant und durchgeführt. Diverse Workshops mit spannenden Themen und ReferentInnen zogen viele Migrations-Interessierte an. Im Weiteren gab es «Marktstände» für Migrations- und Integrationsorganisationen, welche fast alle davon Gebrauch machten. Die

Tagung war ein grosser Erfolg. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten in finanzieller Hinsicht interne Veranstaltungen. Die erste Veranstaltungsreihe unter dem Motto «Debattierveranstaltungen» war mehr oder weniger ein Flop. Das Interesse unserer Mitglieder war nur sehr mässig, der finanzielle Aufwand stand in keinem Verhältnis zu den BesucherInnenzahlen. Hingegen sieht es bei der zweiten Veranstaltungsreihe «Zopf und Palaver» wesentlich besser aus. Der Aufwand im Verhältnis zum Publikumsaufmarsch ist sehr gering.

Finanziell gesehen wurde am meisten in zwei von der Stadtpartei lancierte Initiativen investiert. Das war so nicht geplant. Der Unterschriftenrücklauf bei der Polizeiinitiative war ernüchternd. Wir waren gezwungen, bezahlte UnterschriftensammlerInnen zu engagieren. Obwohl die anderen beteiligten Parteien an die exorbitanten Kosten beitrugen, blieben für uns zum Schluss noch rund Fr. 20 000 aufzuwenden. Bei der Langstrasseninitiative lief es ähnlich, hier beteiligte sich die SP4

am Aufwand, so dass wir zum Schluss noch rund Fr. 7 800 aufwenden mussten.

Ausblick

Der politische «Klimawandel» vom 10. Dezember 2003 hat seine Auswirkungen für das kommende Politjahr. Die SP Schweiz hat sich richtigerweise dafür ausgesprochen, Oppositionspolitik an der Urne zu betreiben. Das kann jedoch nur gelingen, wenn alle Kantonal- und Stadtparteien am gleichen Strick ziehen und sich finanziell und personell stärker beteiligen. Das hat bereits bei der Abstimmung vom 8. Februar funktioniert. Das wichtige Nein zur Avanti-Initiative hat bei den bürgerlichen Parteien Nervosität ausgelöst. Wir bleiben dran; der Abstimmungskampf für den 16. Mai hat bereits begonnen. Die Stadtpartei wird sich finanziell und personell an der Kampagne gegen das Steuerpaket des Bundes beteiligen. Im Herbst warten weitere wichtige Abstimmungsvorlagen auf uns, z.B. das Mutterschaftsversicherungs-Referendum der SVP, welches es abzuschmettern gilt.

Mitgliederzahlen 1998 – 2003

Sektion	Mitgliederzahlen 1998 – 2003						Delegierte 2004/2005	
	1998	1999	2000	2001	2002	2003 (davon fix: 7 pro Sektion)		
1	89	89	94	93	76	74	9	
2	170	176	182	168	167	165	12	
3	287	281	288	287	284	302	17	
4	164	171	167	162	156	144	12	
5	137	147	146	148	167	166	12	
6	207	212	219	213	228	238	15	
7	175	202	204	207	197	199	13	
8	124	124	113	109	100	106	10	
9	221	214	207	208	202	200	14	
10	242	238	250	246	240	228	14	
11	207	189	186	171	176	176	13	
12	175	171	157	150	148	144	12	
Total	2198	2214	2213	2162	2141	2142	153	

Datenbasis: Sektionsmeldungen betr. Mitgliederbeiträge 2003

BILANZ PER 31.12.	2002	2003	Veränderung
AKTIVEN			
Kasse	1 697.30	1 593.45	- 6,1%
Potcheckkonti	398 269.19	364 979.82	- 8,4%
Bankkonti	1 324.10	1 329.45	+ 0,4%
Depositenkonti	125 587.35	202 372.40	+ 61,1%
Kautions Livit		5 000.00	+ 100,0%
Debitoren:			
Sektionen	2 083.10	200.00	- 90,4%
Fraktion	97.00	97.00	0,0%
Verrechnungssteuer	2 777.38	498.46	- 82,1%
diverse Debitoren	20 388.65	27 201.40	+ 33,4%
Transitorische Aktiven	10 230.10	15 961.15	+ 56,0%
Wertschriften	1.00	1.00	0,0%
Mobilier	1.00	1.00	0,0%
Total Aktiven	562 456.17	619 235.13	+ 10,1%

PASSIVEN			
Kreditoren:			
Diverse	4 677.50	19 039.75	+ 307,0%
Sektionen PAB	34 175.45	33 242.00	- 2,7%
Kantonalpartei	350 375.65	242 982.55	- 30,7%
Transitorische Passiven	5 778.75	0.00	- 100,0%
Rückstellungen			
Wahlen	100 000.00	200 000.00	+ 100,0%
Aktionen/GL	34 000.00	89 000.00	+ 161,8%
Personal	10 000.00	10 000.00	0,0%
Rechtshilfefonds	21 462.00	20 000.00	- 6,8%
Gewinnvortrag	1 986.82	4 970.83	+ 150,2%
Total Passiven	562 456.17	619 235.13	+ 10,1%

ERFOLGSRECHNUNG	2002	2003	Veränderung
AUFWAND			
Personal	217 639.20	205 545.15	- 5,6%
Administration	73 335.25	80 666.34	+ 10,0%
Gremien	18 183.55	11 783.80	- 35,2%
Re-Design Homepage	15 837.70	0.00	- 100,0%
Veranstaltungen	0.00	3 248.15	+ 100,0%
Kampagnen allgemein:			
Inserate, Drucksachen, Postverteiler	36 497.21	54 447.95	+ 49,2%
Unterstützung Sektionen 9, 11, 12	46 908.00	42 006.35	- 10,4%
Kampagne Integrationskurse	29 560.85	0.00	- 100,0%
Interne Veranstaltungen	0.00	12 156.35	+ 100,0%
Inserate Asylinitiative	10 231.55	0.00	- 100,0%
Altersveranstaltungen	14 014.35	7 964.45	- 43,2%
Beiträge intern/extern	7 827.75	17 824.40	+ 127,7%
Gesundheitsinitiative	0.00	17 926.60	+ 100,0%
Polizeiinitiative	0.00	20 377.70	+ 100,0%
Langstrasseninitiative	0.00	7 833.40	+ 100,0%
Pro Coop	0.00	2 136.65	+ 100,0%
Rückstellungen	119 000.00	162 238.00	+ 36,3%
Defizit Wahlen 2002	44 270.76	0.00	- 100,0%
Ausserordentlicher Aufwand	0.00	10 130.00	+ 100,0%
Gewinn	413.75	2 984.01	+ 621,2%
Total Aufwand	633 719.92	659 269.30	+ 4,0%

ERTRAG			
Mitgliederbeiträge	103 752.00	102 878.00	- 0,8%
Parteiausgleichsbeiträge	463 688.77	505 421.45	+ 9,0%
Spenden allgemein	990.00	1 700.00	+ 71,7%
Abstimmungsclub	12 635.00	10 985.00	- 13,1%
Ausserordentliche Erträge	45 659.10	27 791.00	-39,1%
Zinsen	2 068.55	3 176.40	+ 53,6%
Übrige Erträge	4 926.50	7 317.45	+ 48,5%
Total Ertrag	633 719.92	659 269.30	+ 4,0%

18. Mai 2003	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 49,7%)				
Opernhausparking	Ja	Ja	69 398	30 727
Hallenstadion	Ja	Ja	73 561	26 517
Kanton (Stimmbeteiligung 50,1%)				
Weniger Steuern für niedrige Einkommen	Ja	Nein	46 762	53 014
Bund (Stimmbeteiligung 51,8%)				
Armee XXI-Militärgesetz	Stimmenthaltung	Ja	78 964	20 581
Bevölkerungsschutz und Zivilschutz	Ja	Ja	87 232	15 523
Mieterinitiative	Ja	Nein	50 379	55 361
Sonntagsinitiative (4 autofreie Sonntage)	Ja	Nein	55 679	52 375
<i>Die Stadt Zürich nimmt die Initiative mit 51,5% an</i>				
Gesundheitsinitiative	Ja	Nein	42 328	63 595
Behinterteninitiative	Ja	Nein	51 747	54 540
Atomenergie-Initiative	Ja	Nein	49 118	57 899
Atomenergie-Moratorium	Ja	Nein	58 378	47 122
<i>Die Stadt Zürich nimmt die Initiative mit 55,3% an</i>				
Lehrstelleninitiative	Ja	Nein	49 594	55 476

7. September 2003	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 32,7%)				
Stadion: Gestaltungsplan	Ja	Ja	42 514	24 688
Stadion: Kostenbeteiligung	Ja	Ja	40 357	27 821
Blockzeiten	Ja	Ja	47 902	18 589
Wohnbauförderung	Ja	Ja	51 867	13 213

30. November 2003	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Kanton (Stimmbeteiligung 40,3%)				
Aufgabenteilung Kanton /Gemeinden	Ja	Ja	65 808	10 197
Verhältnis Kirche/Staat	Ja	Nein	43 356	35 002
<i>Die Stadt Zürich nimmt die Vorlage mit 55,3% an</i>				
Kirchengesetz	Ja	Nein	43 664	34 422
<i>Die Stadt Zürich nimmt die Vorlage mit 55,9% an</i>				
Anerkennungsgesetz	Ja	Nein	37 824	41 021
Polizei- und Justizzentrum	Ja	Ja	47 081	30 417
Gesundheitsgesetz (Medikamentenabgabe)	Stimmfreigabe	Nein	43 610	34 856
<i>Die Stadt Zürich nimmt die Vorlage mit 55,6% an</i>				
Strafprozessgesetzgebung	Ja	Ja	55 731	17 639
Steuerfuss in Verfassung	Nein	Nein	26 722	51 729
Abschaffung Handänderungssteuer	Nein	Ja	34 646	43 389
<i>Die Stadt Zürich verwirft die Vorlage mit 55,6% an</i>				

8. Februar 2004	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
Stadt (Stimmbeteiligung 44,5%)				
Kommunaler Verkehrsplan	Ja	Ja	58 812	30 936
Definitive Einführung der Geleiteten Schulen	Ja	Ja	65 974	21 668
Bund (Stimmbeteiligung 47,5%)				
Avanti-Gegenvorschlag	Nein	Nein	31 142	68 922
Verwahrungsinitiative	Nein	Ja	45 387	53 575
<i>Die Stadt Zürich verwirft die Vorlage mit 54,1%</i>				
Revision Mietrecht	Nein	Nein	26 922	71 548

TALON FÜR INTERESSIERTE, NEUGIERIGE UND BEITRIITTSWILLIGE

Die SP interessiert mich.
Schicken Sie mir Ihre Unterlagen.

Die SP gefällt mir.
Ich trete der Partei bei.

Ich habe noch Fragen.
Rufen Sie mich bitte an.

VORNAME / NAME:

PLZ / ORT:

STRASSE / NR.:

TELEFON:

DATUM / UNTERSCHRIFT:

IMPRESSUM: Jahresbericht der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich, SP Stadt Zürich, Schreinerstrasse 43, 8004 Zürich, Tel. 01 242 82 66, Fax 01 242 82 69, e-Mail: spstadtzh@spstadtzh.ch, Internet: www.spstadtzh.ch **Redaktion:** Mechthild Malash, Emy Lalli. **Produktion:** Thierry Frochoux. **Photos:** Dimitris Sarisavas, Sina Merino, Emy Lalli. **Lektorat:** Paul Sprecher. April 2004. Nachdruck unter Quellenangabe erwünscht, Einzelexemplare gratis.